

Theater-Kompromiss schmerzlich, aber tragfähig

Der Anfang Januar ausgehandelte Kompromiss zur künftigen Strukturierung des Theaters Plauen-Zwickau und den Stimmrechten in der gemeinsamen Gesellschaft werden von der Fraktion der CDU mehrheitlich mitgetragen.

Plauen – „In unserer Fraktionssitzung hat sich eine klare Mehrheit dafür ausgesprochen, den Kompromiss zu akzeptieren – insbesondere zugunsten der Mitarbeiter, die damit endlich eine Anpassung an den Tarif erhalten können“, sagt Fraktionschef Jörg Schmidt, der in Zwickau selbst mit am Verhandlungstisch saß. Noch im Dezember sei eine vom Oberbürgermeister erstellte Ratsvorlage mit einschneidenden Änderungen in den Mehrheitsstrukturen der Gremien des Theaters im Stadtrat Plauen

mehrheitlich abgelehnt worden, erinnert die Fraktion an die damalige Stadtratssitzung, in der die Wogen zu diesem Thema recht hochschlugen.

„Wir haben damals gemeinsam mit der Linksfraktion ein Verhandlungsmandat erteilt, der diesen nun ausgehandelten Kompromiss erst möglich gemacht hat. Insofern ist es bedenklich, wenn einzelne Akteure aus der SPD/Grüne-Fraktion verfrüht versuchen, den Kompromiss für sich zu instrumentalisieren. Wir haben uns an die abgesprochene Verfahrensweise gehalten und erst einmal intern beraten, wie auch die Stadtratskollegen aller Fraktionen im Stadtrat Zwickau“, nimmt Schmidt auf die Tatsache Bezug, dass damals die SPD/Grüne-Fraktion mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit gegangen war.

Der nunmehrige Kompromissvorschlag sieht vor, zum 1. Januar rückwirkend den Kulturpakt des Freistaates Sachsen anzunehmen und eine tarifliche Bezahlung der Mitarbeiter zu ermöglichen. Die Übernahme eines größeren Anteils der Eigenmittel

zur Finanzierung dieser Aufgabe übernimmt nun die Stadt Zwickau. Dafür werden nun elf statt bisher zehn Aufsichtsräte fungieren, vier davon werden aus Plauen kommen. Im neuen Grundlagenvertrag soll zudem verankert werden, dass alle relevanten Entscheidungen wie Personalabbau, Spartenveränderungen, Spielplan- und Produktionsverlagerungen etc. nur bei Zustimmung beider Gesellschafter in Kraft treten können.

Fraktions-Pressesprecher Ingo Eckardt erläutert, dass leider nicht alle Intentionen umgesetzt werden konnten – so sei ein wirksamer Kündigungsschutz leider nicht zustande gekommen – hier seien nun die Tarifparteien am Zug. Auch die erhoffte Bestellung des Intendanten obliegt nun doch dem nicht mehr paritätisch besetzten Aufsichtsrat: „Ein Kompromiss ist aber nun mal das Ergebnis von Verhandlungen zur Machbarkeit und die ausgehandelte Vorlage ist für beide Seiten sicher schmerzlich, aber tragfähig.“

VA 02.02.19